

Erster Bericht unserer Aktivitäten in West-Berlin und in der DDR.

Juni 1983.

Inhaltsverzeichnis

1. Die Kirche in West-Berlin.	1
2. Die Kirche in der DDR.	4
2.1 Vorbemerkungen	4
2.2 Fünf Jahre nach dem 6. März 1978	6
2.21 Der Konflikt "Schwerter zu Pflugscharen"	7
2.22 Die Jena-Ereignisse	9
2.3 Die Situation in 1983	12
2.31 Der Pazifismus	12
2.32 Der Wehrkundeunterricht	13
2.4 Das Problem der Beziehung zwischen Staat und Kirche	14
Zum Schluss	16

1. Die Kirche in West-Berlin

In diesem Stationierungsjahr 1983 ist die Friedensdiskussion auch für die Kirche ein brennender Punkt. Zwar gilt das für die ganze Bundesrepublik, aber man kann anhand ein paar Beispiele zeigen, daß dieses Problem, wie es oft der Fall ist, in Berlin noch verschärft ist. Vieles - sei es eine Debatte, sei es irgendein politischer, kultureller oder kirchlicher Streit - hat hier eine größere Resonanz als in der Bundesrepublik. Das gehört zu den Charakteristiken dieser Stadt.

Wir möchten zunächst einige Worte zu der neueren Entwicklung der Friedensdiskussion innerhalb der westdeutschen Kirche sagen, damit der Hintergrund der gespannten Atmosphäre in der West-Berliner Kirche klar wird.

Im Juni 83 hat das Moderamen, das Leitungsgremium des Reformierten Bundes, eine Friedenserklärung veröffentlicht, die in den evangelischen Kirchenkreisen wie eine Bombe gewirkt hat. Der Inhalt dieser Erklärung: "Die Friedensfrage ist eine Bekenntnisfrage. Durch sie ist für uns der status confessionis gegeben, weil es in der Stellung zu den Massenvernichtungsmitteln um das Bekennen oder Verleugnen des Evangeliums geht."

Was die Form und die Methode betrifft, stellen die sieben Thesen des Moderamens bemerkenswerte Ähnlichkeiten mit den Barmer Thesen (1934); sie sind alle gleich gebaut: zuerst wird der theologische Grundsatz geäußert (z.B. "Christus ist unser Friede"), dann kommt eine Unvereinbarkeitserklärung (z.B. "Die Frage des Friedens ist keine politische Ermessensfrage"), von der die praktischen Konsequenzen gezogen werden (Nein zu den ABC Waffen).

Eigentlich hat die von dieser Erklärung verursachte Aufregung ihre Verfasser selbst fast überrascht, da schon in 1959 von E. Wolf geäußert wurde, die atomare Bewaffnung sei eine Herausforderung zur Friedensbekenntnis der Kirche. Aber diese Thesen des Moderamens sind sozusagen als Antwort bzw. Gegenvorschlag auf die im Oktober 81 von der EKD herausgegebene Denkschrift "Frieden wahren, fördern und erneuern" zu verstehen. Die progressiven Kreise der Kirche enttäuschend hatte diese Denkschrift die noch heutige Geltung der in 1959 veröffentlichten Heidelberger Thesen erklärt. (These 8: "Die Kirche muß die Beteiligung an den Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.") Damit wollte die in ihrer Mehrheit lutherische EKD noch einmal vermeiden, eine klare Entschei-

dung in einem politischen Bereich zu treffen. Das haben also die Reformierten gemacht: klarer konnte man nicht sein !

Wie gesagt hat die Erklärung des reformierten Moderamens eine heftige Diskussion in den breiten kirchlichen Kreisen verursacht. Zusammenfassend kann man die Argumente, die von den verschiedensten Seiten gegen die Thesen geäußert wurden, folgendermaßen wiedergeben:

- Die einen - besonders Lutheraner, die die Geschichte sehr empfindlich gegenüber dem Ausdruck "status confessionis" gemacht hat - haben dem reformierten Moderamen vorgeworfen, die Kirche zu einer Spaltung bringen zu wollen. Wenn es in der Friedensfrage um eine Bekenntnisfrage geht, so sei es gleich einer Exkommunikation denen, die die Atomwaffen nicht radikal ablehnen.
- Von der anderen Seite kommt die Gegenkritik, nämlich es sei wieder typisch für die Kirche, daß sie in ihr theologisches Getto zurücktritt, statt mit politischen Kreisen mitzumachen, die die gleichen Ziele verfolgen, etwa die Grünen oder die Kommunisten.
- In die gleiche Richtung argumentieren diejenigen, die bedauern, daß sich die Christen um subtile Feinlichkeiten streiten, in einer Zeit, wo es brennt, konkrete Aktionen zu machen.
- Außerdem konnte man nicht selten von "Basischristen" hören, die Sprache der Erklärung des Moderamens sei allzu theologisch, allzu abstrakt und eigentlich für nicht-Theologen nicht zu verstehen. Aus diesem Grund haben viele die Thesen nicht unterstützt, obwohl sie angeblich mit der Sache an sich einverstanden waren.

Trotz dieser vielseitiger Kritik hat diese Erklärung einen Prozess in Bewegung gesetzt. Es wurde diskutiert, es wurde gefördert, dazu Stellung zu nehmen.

Daraufhin haben im November 82 49 Synodalen der Provinzialsynode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (Berlin-West) - etwas weniger als die Hälfte der Provinzialsynode - erklärt, "Herstellung, Lagerung und Anwendung von Massenvernichtungsmitteln halten wir für unvereinbar mit unserem christlichen Glauben." Eine leicht weichere Formulation also als die des Moderamens (Der Ausdruck "status confessionis" wird nicht gebraucht), der allerdings inzwischen 55-56 Synodalen sich angeschlossen haben. Es bedeutet mehr als die Hälfte, was ganz wichtig sein wird auf der Herbsttagung der Synode, wo dieser Punkt auf der Tagesordnung stehen wird.

Die Entwicklung und die Breite dieses Bewußtwerdens innerhalb der

Kirche war auf dem gerade abgeschlossenen Kirchentag in Hannover sichtbar. Das Lilatuch (nach der Farbe der Buße und der Bekehrung), worauf das Motto stand: "Umkehr zum Leben, die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen" hatte vor dem Kirchentag eine große Aufregung verursacht. Man sprach von der damit unausweichlichen Trennung innerhalb der Kirche, zwei Bischöfe haben deswegen ihre Teilnahme am Kirchentag abgesagt. Man fürchtete (oder hoffte?) sogar gewalttätige Auseinandersetzungen, man sprach von der Möglichkeit, die Träger dieses Lilatuchs von dem Abschlußgottesdienst auszuschließen. Dieses konnte aber nicht geschehen, nicht nur weil das wirklich vor den Fernsehkameras die Trennung der Kirche bedeutet hätte sondern auch weil das bedeutet hätte, ca. 80% der Teilnehmer an diesem Gottesdienst auszuschließen. Der Kirchentag sollte eigentlich violett sein, und war es auch. Die Diskrepanz zwischen den Forderungen dieser immer breiteren Basisbewegung und den sehr vorsichtigen und ausgewogenen Äußerungen des Kirchentagspräsidiums wurde also deutlich.

Weiter kann man von diesem Kirchentag zwei Punkte hervorheben:

- Die Tatsache, daß er friedlich gelaufen ist und mit weniger Spannungen als vorgesehen heißt nicht, daß die Kirche eigentlich nicht so gespalten ist, sondern, daß die Friedensbewegung sich geändert hat: sie hat sehr viel an Sachlichkeit, Sicherheit und Selbstbewußtsein gewonnen. Sie ist nicht mehr ein kleines Grüppchen, das emotional und aggressiv reagiert (wie es noch in 1981 in Hamburg der Fall war), sondern eine breite Volksbewegung. Sie braucht nicht mehr, sich zu verteidigen und zu rechtfertigen, und hat sich wirklich für die Gewaltfreiheit entschlossen. Sie hat an Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit gewonnen.
- Der Kirchentag hat auch deutlich gemacht, daß diese Friedensbewegung nicht nur eine "anti-neue-Raketen-Bewegung" ist, sondern Zeichen eines tieferen gesellschaftlichen und weltanschaulichen Protests ist, der sich weiterentwickeln wird, ob stationiert wird oder nicht. Sie ist also ein sehr wichtiger Faktor der Polarisierung des politischen Lebens in der BRD.

Was West-Berlin betrifft, kann man diese Stärkung der Fronten an zwei Beispiele beurteilen:

- Dr. Manfred Karnetzki, Superintendent aus Zehlendorf, hat am Ostermarsch der Friedensbewegung teilgenommen, und bei der Kundgebung sich in einer Rede gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa ausgesprochen, und diese Stationierung als Verbrechen gegen das Grundgesetz erklärt (bzw. gegen den Art.

26, der verbietet, in der BRD einen Angriffskrieg vorzubereiten). Er betonte nicht nur die gesetzliche Legitimität der Friedensbewegung, sondern auch ihre christliche Legitimität. Darauf reagierte prompt und deutlich ein Amtsbruder Karnetzki, der Reinickendorfer Superintendent Heinz Schladenbach, der Karnetzki einfach aufforderte, "den Talar auszuziehen und Politiker zu werden".

- In der Presse (nicht nur in der Springerpresse) wurde dieser Streit großgemacht, und man nützte die Gelegenheit aus, um in dem gleichen Artikel das Referat eines DDR-Ökonomen, Dr. Faulwetter, im Rahmen einer Veranstaltung der Christlichen Friedenskonferenz in den Räumen der Patmosgemeinde in Steglitz als "skandalöse Propagandaaktion" zu denunzieren.

Diese beiden Zwischenfälle zeigen, wie gespannt die Stimmung innerhalb der Westberliner Kirche ist und wie unbequem die Situation der Kirchenleitung ist, die glaubt, sich als Kirche keine klare Stellungnahme leisten zu dürfen, während eine immer breiter werdende Basis in den Reihen der Friedensbewegung steht.

2. Die Kirche in der DDR

2.1 Vorbemerkungen

Um die Hintergründe der gegenwärtigen Lage der Kirche zu erklären, möchten wir zunächst ein paar allgemeine Bemerkungen über das gesellschaftliche Leben in der DDR machen.

a) Es ist klar, daß die Bundestagswahlenergebnisse vom 6. März einen Beigeschmack von kaltem Krieg mit sich gebracht haben, und daß die DDR in eine schwierigere Lage geraten ist. In diesem Zusammenhang muß man aber die Flexibilität und politische Klugheit der DDR Regierung in den letzten Monaten betonen (cf. z.B. die schnelle und klare Antwort Honeckers auf die fragwürdige Demonstration der Grünen auf dem Alexanderplatz).

b) Angesichts der weltweiten Krise war das ökonomische Jahr 1982 gut, sogar besser als die letzten Jahre. Trotz vieler Schwierigkeiten ist die wirtschaftliche Bilanz positiv, zum Erstaunen vieler westlichen Experten. Die größten offiziell zugestandenen Probleme bleiben der Mangel an Devisen, der nötige Materialimporte aus dem Westen verhindert, und immer noch der Mangel an Arbeitskräfte in bestimmten Bereichen. Durch private Gespräche haben wir aber erfahren, daß die dringendste Sorge der Regierung die steigende Zahl der "Arbeitssuchende" ist, die man "offiziell" um 75 000 einschätzt, was etwa 7,5% der arbeitsfähigen Bevölkerung entspricht. Vor zwei Jahren war sie

gleich null. Zwei wesentliche Gründe dafür sind erstens die massenhafte Robotisierung vieler Firmen, zweitens die zu große Zahl an hochausgebildete Menschen.

c) Die Erscheinung von Punks, Hausbesetzern, Außenseitern und Aussteigern stellt die DDR Gesellschaft vor einem neuen Problem. Es ist uns schwierig, die tiefen Gründe des Problems zu analysieren: gewiß haben ein Teil dieser Jugendlichen diese westliche "Mode" übernommen, einfach um ihre grundsätzliche Unzufriedenheit auszudrücken. Aber die genauen Gründe innerhalb der DDR sozialen Systems zu finden, ist schwieriger; zwei verwickelte Faktoren spielen eine erhebliche Rolle, und können vielleicht hier den Ansatz einer Analyse anbieten:

- Die Jugendlichen, die jetzt um 25 Jahre alt sind, bilden die erste in einer sozialistischen Gesellschaft geborene Generation; diese Menschen haben nichts Anderes erlebt als die DDR, ihnen sind die geschichtlichen Wurzeln ihrer Eltern und die Erfahrungen nach dem Krieg fremd.
- Diese Generation ist die erste "Krippenkinder Generation". Vermutlich haben die Psychologen noch nicht alle Folgen der kollektiven Erziehung eingeschätzt. In der DDR soll übrigens in der nächsten Zeit über die erzieherische Rolle der Familie wieder diskutiert werden.

d) 1983 steht in der DDR unter zwei Losungen, deren Zusammenfallen amüsant ist: 500 Jahre Luthers Geburtstag - 100 Jahre Marx Todestag. Dazu ein paar Bemerkungen.

- Während die Lutherfeier im Mittelpunkt der kulturellen Ereignisse dieses Jahres stehen, sehen die Marxveranstaltungen daneben viel nüchterner aus. Es wurde uns sogar gesagt, man hätte mit der Vorbereitungen des Lutherjahres den Marx Todestag beinahe vergessen.
- Das Lutherjahr kostet dem Staat sehr viel Geld an Renovierung, Wiedereröffnung von Kirchen, Wiederaufbau von historischen Gebäuden, Ausstellungen, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, usw. Andererseits aber sind alle diese Lutherfeier wirtschaftlich interessant: zehntausende zusätzliche Touristen werden in diesem Jahr die Lutherstätte besuchen und Devisen bringen.
- Für das Bild der DDR in der Welt sind diese Lutherfeier wichtig, denn alle Touristen werden feststellen können, daß die Kirche in der DDR nicht "verfolgt" wird, sondern viele Möglichkeiten hat, ihre Stimme hören zu lassen. Ein erstmaliges Ereignis war tatsächlich die Übertragung am Fernsehen des Festgottesdienstes zur Eröffnung des Lutherjahres auf der Wartburg.

- Daß der Staat alle öffentlichen Veranstaltungen um Luther mitorganisiert hat (Parteichef Honecker ist Vorsitzender des Lutherkomitees), heißt nicht zunächst, daß der Staat diese Feier gut "unter Kontrolle" haben will. Es ist vielmehr ein Zeichen des Interesses des Staates an einer sehr wichtigen Tradition des Volkes, und ein Anerkennen der Legitimität der religiösen Wurzeln eines großen Teils der Bevölkerung. Es kommt auch nicht darauf an, von Luther einen unbewußten Marxisten zu machen, sondern seinen Anteil an die deutsche kulturelle Erbe zu ehren.

Ein interessantes Zeichen dafür ist das neue Bild von Luther, das seit ein paar Jahren in der marxistischen Forschung erscheint. Wenn man früher Luthers Rolle während des Bauernkrieges und seine Haltung gegenüber Müntzer hervorgehoben und scharf kritisiert hatte, so mildert man heute diese Angriffe und versucht, das Positive auszusprechen. Die marxistische Forschung sieht in der Reformation zuerst etwas Fortschrittliches und Revolutionäres. Es besteht mehrere Epochenanalogien zwischen dem 16. und dem 19. Jahrhundert: beide gehen einer Revolution entgegen; da kommt das Bürgertum an die Macht, hier der Proletariat. Man hat jetzt auch die Idee aufgegeben, daß Luther daran schuldig sei, den Bauernkrieg verraten zu haben. Eigentlich war dieser Krieg ein Volksaufstand, und noch keine frühbürgerliche Revolution. Insofern betrachtet man Luther in der heutigen marxistischen Forschung nicht mehr als frühbürgerlichen Denker, sondern als einen Intellektuellen der Fürstenzeit. Diese neue Sicht von Luther entspricht der des späten Engels, der sich mehr auf Luther als auf den Bauernkrieg konzentrierte. Wir finden dieses Beispiel insofern wichtig, daß es die konstruktive Haltung der DDR Theoretiker zu dieser historischen Gestalt bezeugt.

2.2 Fünf Jahre nach dem 6. März 1978

Die Beziehung zwischen Staat und Kirche steht also in diesem Jahr unter zwei Polen: einerseits das Lutherjahr und die damit verbundene, für beide Seiten vorteilhafte Entspannung, andererseits die durch Zwischenfälle in Jena entstandene Spannung, die das Problem des Einflusses der BRD Kirche oder der BRD Medien auf die DDR Kirche andeuten, besonders die Gefahr für die Kirche, nolens volens von oppositionellen Kreisen der DDR gebraucht zu werden und als Schirmherrschaft dieser Kreise im Westen dargestellt zu werden, was in der BRD Kirche immer ein großes Echo findet. Die Spannung mit dem Staat entsteht dann dadurch, daß, sogar wenn man davon ausgeht, die Kirche wurde mißbraucht - was allerdings selbst in der Kirche nie so klar gesagt

wird - sie erklären muß, warum sie sich hat mißbrauchen lassen. Man sieht also, daß die Weiterführung des Gespräches vom 6. März auf dem Spiel steht. Einige Beispiele werden konkretisieren, was theoretisch gesagt wurde und erklären, warum viele denken, man sei seit dem 6. März 1978 zurückgetreten. Dafür ist es aber wichtig, bedeutende Ereignisse dieser letzten Jahre in Erinnerung zu rufen.

2.21 Der Konflikt "Schwerter zu Pflugscharen", 1981-82

Dieser Konflikt ist eigentlich aus drei unabhängigen Ereignissen entstanden, die die west-deutschen Medien zusammengepackt und verwickelt haben. Es ist u.E. ein eindeutiges Beispiel, um zu zeigen, wie eine von ihren Verfassern und von dem Staat am Anfang anerkannte nicht-antisozialistische Initiative durch den westlichen Einfluß torpediert wurde, und wie dadurch Spannungen zwischen Staat und Kirche in der DDR entstanden sind.

Initiative Sozialer Friedensdienst (SoFD)

Anfang Mai 81 wurde diese Initiative in Dresden geboren. Als Ergebnis einer Diskussion innerhalb der Kirche sollte diese Initiative von einer Arbeitsgruppe in die Synode gebracht werden, und dann dem Staat als Vorschlag übergeben werden. Dieses Papier tritt für einen zivilen Wehrrersatzdienst neben dem normalen Wehrdienst ein. Dieser Dienst sollte sich von dem Bausoldatdienst unterscheiden, indem er im diakonischen Bereich stattfindet. Anlaß der Sitzung des Weltkirchenrates in Dresden gelangte diese Initiative durch die Westpresse an die Öffentlichkeit, wo sie als Forderung an dem Staat dargestellt wurde, obwohl sie nicht einmal in der Kirche besprochen worden war. Damit war die Kirche mehr oder weniger gezwungen, sich hinter dieser Initiative zu stellen und sie dem Staat befürwortend zu übertragen.

Die Reaktion des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Gysi, war verständnisvoll. Er würdigte die Friedensarbeit der Kirche, erklärte aber, warum der "sozialer Friedensdienst" aus politisch-militärischen Gründe heute nicht günstig ist. Seine Argumente lauteten folgendermaßen:

- Ein SoFD würde die militärische Verteidigung der DDR in Frage stellen, und damit die Verpflichtungen der DDR im Warschauer Pakt.
- Er würde der Aufhebung der Wehrpflicht gleich sein, da es keine Gewissensprüfung gibt.
- Er beurteilt indirekt den Wehrdienst als "antisozialen Kriegsdienst".

Dieser Vorschlag wurde also abgelehnt, aber die Gründe und Motive der Verfasser keineswegs verachtet.

Die Reaktionen aus der Seite des Staates sind dann unterschiedlich gewesen. Ein SED Mitglied hat die schärfste Reaktion gehabt, indem er diese Initiative als "Phrase" des Klassenfeindes bezeichnete. Diese Initiative wurde übrigens auch in der Kirche umstritten; es war vielen nicht klar, ob man den Rüstungswettlauf wirklich durch solche soziale Hilfe beenden kann, ob das für Christen nicht ein Rücktritt in den privaten Bereich ist, die Probleme der Sicherung des Friedens Anderen zu überlassen. Man fragte sich auch, ob diese Initiative gegenüber dem Staat wirklich konstruktiv sei, und nicht eher störend und unzeitgemäß.

Der Brief an Breschnew und der Berliner Appell

Im November 81 fand in Dresden eine Friedensdekade statt. Für diese Dekade war ein Aufnäher hergestellt worden mit der Parole "Schwerter zu Pflugscharen", nach dem Text von Micha 4. Dieses Motiv schildert auch ein von der Sowietunion nach dem zweiten Weltkrieg in der Nähe des UNO Gebäudes in New York aufgestelltes Denkmal. Dieser Satz "Schwerter zu Pflugscharen" war das Thema der Friedensdekade 80 gewesen, aber damals hatte niemand davon gesprochen.

Kurz davor aber fand der Besuch Leonid Breschnews in der BRD statt. Zu diesem Anlaß schrieb ihm Prof. Robert Havemann (Berlin-DDR) einen Brief, wo er die Sowietunion aufforderte, sich um die Erklärung Europas als Atomwaffenfreiezone zu bemühen und ihre Truppen aus der DDR zurückzuziehen. Indirekt trat er auch für eine unabhängige Friedensbewegung ein.

Dieser Brief, der von vielen - u.a. von Pfr. Rainer Eppelmann - unterzeichnet wurde, war in der DDR kaum bekannt, in der BRD aber viel mehr, sodaß das westdeutsche Fernsehen, als sie von der Friedensdekade berichtete, die Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" als Symbol der "unabhängigen Friedensbewegung der DDR" vorstellte, was natürlich überhaupt nicht stimmte.

Ende Januar verfasste dann Pfr. Rainer Eppelmann den "Berliner Appell", der R. Havemann auch unterstützte, wo Abrüstung in Ost und West, das Verbot von Kriegsspielzeug in der DDR, das Ersetzen von Wehrkundeunterricht durch einen Unterricht über Fragen des Friedens, die Möglichkeit eines Sozialen Friedensdienst und der Verzicht auf Zivilverteidigungsübungen gefordert wurden. Das Motto des Appells war "Frieden schaffen ohne Waffen". Trotz Bemühungen seiner Kollegen ließ sich Eppelmann davon nicht abraten, diesen Appell an die Westpresse zu übermitteln. Im Westen wurde die Wirkung dieses Appells nicht verfehlt. Eppelmann und Havemann wurden in der BRD als führende Vertreter der

unabhängigen Friedensbewegung in der DDR genannt und ernannt, obwohl sie in der DDR überhaupt nicht als solche betrachtet waren. Da warf man ihnen z.B. vor, eine selbstständige christliche Friedensarbeit treiben zu wollen. Der Aufnäher wurde zum Symbol dieser "Friedensbewegung" und von vielen getragen, obwohl sie kaum etwas mit der Kirche zu tun hatten, aber bloß ihre Unzufriedenheit mit der DDR so ausdrücken wollten. Es war bekannt, daß dieser Aufnäher in der Kirche zu finden war. Der Staat reagierte dann massiv und verbot das Zeichen, was eine ziemlich brutale Reaktion war. Für den Staat war es schwierig, die Wichtigkeit dieser Sache einzuschätzen, er hatte aber besonders Angst, eine von der Kirche gesteuerte Bewegung à la Solidarnosc erscheinen zu sehen. Seitdem hat die Kirche dieses Verbot angenommen und auf dieses Symbol zeitweise verzichtet "um des Friedens willen"!

Das Friedensforum in Dresden

Kurz nach der Veröffentlichung des Berliner Appells fand in Dresden ein Friedensforum statt, aus Anlaß des Jahrestages der Bombardierung der Stadt durch die Amerikaner; diese Veranstaltung war offiziell angemeldet, wobei die Bezirksleitung dem Bischof ihre Bedenken dagegen geäußert hatte: man fürchtete, daß es in einer antisozialistischen Demonstration endete. Das Forum fand mit etwa 5000 Personen statt; Die Diskussionen liefen über Friedenserziehung in der DDR, sozialen Friedensdienst, vormilitarische Erziehung und Schwierigkeiten, die ein paar Jugendliche mit dem Aufnäher "Schwerter zu Pflugscharen" kriegten. Parteimitglieder kamen auch ins Gespräch mit Jugendlichen. Das Forum endete mit einem Schweigemarsch durch die Innenstadt. Alles lief friedlich, und der Eindruck von vielen war, daß der Staat die Friedensarbeit der Kirche nicht behindern wollte, solange sie überschaubar bleibt.

2.22 Die Jena-Ereignisse

Seit Anfang dieses Jahres haben viele Informationen aus Jena Besorgnis über die Entwicklung der Staat-Kirche-Beziehung verursacht. Diese Affäre ist eigentlich noch nicht beendet, und die Informationen unvollkommen, hier sind aber wichtige Gegebenheiten.

Jena gilt in der DDR als eine besondere Stadt, wo die gesellschaftlichen Spannungen schärfer zugespitzt sind als in den anderen Gegenden. Das liegt unter anderen daran, daß in dieser kleinen Universitätsstadt verhältnismäßig viele Studenten, Künstler und Aussenseiter leben. Das prägt natürlich bedeutenderweise das kulturelle und politische Leben in Jena.

Ökonomisch gesehen herrscht in der Gegend die Firma Karl Zeiss schon lange. Das heißt nicht nur, daß sehr viele Leute von dieser Fabrik leben, sondern auch, daß diese Fabrik kulturell und politisch sehr ausprägend ist, was vielen in der Gegend peinlich ist.

In 1976, im Zusammenhang mit dem Fall Biermann wurden ein Dutzend Jenaer nach West-Berlin ausgewiesen, weil sie gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Unterschriften gesammelt hatten. Diese Leute gehörten zu einer breiten Gruppe, die im kirchlichen Raum angeblich Fuß hatte. Der genaue Umfang der Anknüpfung dieser Gruppe an die Kirche ist umstritten. Manche behaupten, sie seien alle engagierte Christen, andere zeigen, daß der Kontakt mit der Kirche mehr am Rande liegt, ja sogar vielleicht bloß taktisch war. Diese Gruppe hat zwar über kirchliche Räume (für Ausstellungen, Veranstaltungen, Werkstattabende usw.) verfügen können, und es gibt bei ihnen bestimmt Christen, aber - wie der Ablauf dieser Geschichte zeigt - man kann unserer Meinung nach nicht von einer "kirchlichen Gruppe" reden.

Die Gruppe hat in diesen Jahren viele Themen verarbeitet, z.B. Menschenrechte in der DDR, Wehrkundeunterricht, Friedensarbeit, Pazifismus. Sie war auch nahe von der Initiative SoFD und von "Schwerter zu Pflugscharen".

In 1981 wurden einige wegen Diebstahls und anderer Formen "asoziales Verhaltens" verhaftet, im besonderen Matthias Domaschk, der im Untersuchungshaft starb. Die offizielle Erklärung eines Selbstmordes hat aber viele nicht befriedigt.

Die Situation verschärfte sich am 24. Dez. 82, als ein Teil der Gruppe auf dem Marktplatz versuchte, eine "Friedensschweigeminute" zu machen. Sie hatten Transparenten dabei, auf denen man z.B. "Frieden schaffen ohne Waffen" oder "Schwerter zu Pflugscharen" lesen konnte. Eine Fahne mit "Solidarność" soll auch auf einem Fahrrad sichtbar gewesen sein. Diese Gruppe von etwa 17 Jugendlichen wurde verhaftet.

Am 17. Febr. 83 wurde in der "Frankfurter Allgemeinen" ein Brief veröffentlicht, den junge Christen aus Saalfeld und Rudolstadt an die Leitung der thüringischen Kirche geschrieben haben sollten. In diesem Brief beklagten sich die Jugendlichen über die Kirche, die die Verhafteten in Jena im Stich gelassen und sich von ihnen distanziert habe. Der Brief zog sogar ein Parallel zwischen der heutigen Haltung der Kirche und ihr Schweigen während der Hitlerzeit. Im Westen wirkte er wie eine Bombe. Die DDR aber erfuhr davon erst durch westliche Pressemeldungen. Es dauerte zwei Wochen Untersuchungen in der Kirche, bis man beweisen konnte, daß dieser Brief erstens nie an die Kirche ange-

kommen war, zweitens daß niemand aus Rudolstadt diesen Brief geschrieben hatte, daß er also eine Erfindung war, vielleicht eines westlichen Journalisten.

Inzwischen waren die meisten Verhafteten in Jena freigelassen. Die Kirche hat dabei eine Rolle gespielt, obwohl sie für den Zwischenfall nicht verantwortlich war. Der Bischof Leich sagte, daß die thüringische Kirche zwar sehr intensiv an Friedensarbeit eingebunden sei, wenn aber einzelne Gruppen von sich aus darüber hinausgehende Aktionen starteten, könne sie das nicht immer nachträglich als von der Kirche initiiert bezeichnen. Daß die Verhafteten nicht gleich ausgewiesen worden sind, was in solchem Fall üblich ist, hat viele erstaunt und hat bestimmt einen Entspannungswillen zu bedeuten.

Seitdem sollen noch zwei kleinere Demonstrationen in Jena stattgefunden haben: am 18. März, aus Anlaß einer Kundgebung zum Jahrestag der Bombardierung der Stadt, haben sich einige Mitglieder dieser Gruppe in die Menge gemischt und Plakate gezeigt, wo stand "Frieden schaffen ohne Waffen" und "Militarisierung raus aus unserem Leben". Einige gerade Freigelassene sollen da beteiligt gewesen sein. Am 19. Mai haben noch einige während einer FDJ Kundgebung pazifistische Plakate gezeigt. Am Pfingstsonntag wurden 13-14 Mitglieder dieser Gruppe nach West-Berlin ausgewiesen. Unter ihnen befanden sich einige, die schon im Dezember verhaftet worden waren.

Schließlich wurde in der Nacht vom 7. zum 8. Juni Roland Jahn, sozusagen ein "Chef" dieser Jenaergemeinschaft, anscheinend gewaltsam ausgewiesen, obwohl er bisher keinen Ausreiseantrag gestellt hatte und erklärt hatte, er wolle in der DDR weiterleben. Obwohl die Vorkommnisse noch nicht ganz klar sind, ist es zu befürchten, daß eine neue "Biermann-Affäre" geschieht. Schon wurden in Jena neue Mitglieder der Gruppe verhaftet, weil sie Unterschriften gegen Jahns Ausbürgerung sammelten. Die Gruppe in Jena hat außerdem Protestbriefe an die FDJ und an den Friedensrat geschickt. Seinerseits hat R. Jahn an E. Honnecker geschrieben und in West-Berlin, wo er jetzt wie alle ausgewiesenen Jenaer lebt, den Generalsekretär der ONU Perez de Cuellar gebeten, für seine Rückkehr in die DDR einzutreten.

Wie sich diese Geschichte entwickeln wird, ist unmöglich zu beurteilen. Daß es in Jena Jugendprobleme gibt ist klar, das ist aber nicht neu. Daß die westliche Presse die ganze Sache vergiftet hat, ist noch klarer. Die offiziellen Erklärungen des Bischofs Leich und des Staates zeigen aber, daß man nicht bereit ist, die Beziehung zwischen Staat und Kirche sich verschlechtern zu lassen, und daß es darauf ankommt,

die durch das Gespräch am 6. März geschaffene Atmosphäre am Leben zu behalten.

2.3 Die Situation in 83

Die Diskussionsthemen, die heute das Verhältnis zwischen Staat und Kirche charakterisieren, sind natürlich Folgen dieser Episoden. Es handelt sich wesentlich um zwei Fragen: der Pazifismus und der Wehrkundeunterricht.

2.31 Pazifismus

Die Mitglieder der Jenaer Gemeinschaft gelten als "Pazifisten". Ob sie es wirklich sind, ist eine andere Frage, sie werden so dargestellt. Jedenfalls ist Pazifismus ein sehr heikles Thema in der DDR.

In der Bundesrepublik und in West-Berlin ist dieses Wort sehr "in". Die Friedensbewegung versteht sich hauptsächlich als gewaltfrei und pazifistisch, im weiten Sinne. Der Pazifismus soll der Weg sein, der die Abrüstung möglich macht. Wichtig dabei ist auch, daß der Pazifismus nicht nur die sicherheitspolitische Strategie in Frage stellt, sondern, daß er oft mit neuen weltanschaulichen Perspektiven verbunden ist, etwa die der Grünen. Diese Problematik wird also über die Grenze geschleppt.

In der DDR gibt es seit ein paar Monaten Diskussionen und Streiten um den Bausoldatendienst, der die einzige Möglichkeit eines waffenlosen Dienstes ist. Die Zahl dieser Bausoldaten wurde immer größer, sodaß die Regierung ihn begrenzen mußte. Einige Soldaten wurden z.B. gegen ihren Willen in den Waffendienst gerufen. Da sie es verweigerten, wurden sie dann verhaftet. Inzwischen sind alle diese Fälle geklärt und die Soldaten freigelassen worden. Sie wurden aber sehr breit bekannt und diskutiert.

Die Initiative SoFD war ein Versuch, diese Frage zu bearbeiten: kann man als Pazifist in der DDR leben? Die Verwicklung mit "Schwerter zu Pflugscharen" hat aber diese Initiative auch abgewürdigt. Wie wir es berichtet haben, war die Reaktion des Staates zuerst locker und gesprächsbereit, um dann immer härter zu werden. Außerdem ist es für einen marxistischen Staat schwer, den Pazifismus überhaupt (sei er total oder nur Atom pazifismus) annehmen zu können, schon aus rein philosophischen Gründen: Für einen marxistisch-leninistischen Standpunkt ist der Pazifismus eine westliche, bürgerliche Ideologie, die den Frieden um jeden Preis will. Er lehnt jeden Krieg ab, sogar den revolutionären oder Befreiungskrieg; er ist also des Klassenkampfcharakters des Krieges nicht bewußt und sieht seine soziale und politische Wurzeln nicht.

Innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft kann also der Pazifismus nur antisozialistischen Zwecken nützen, er ist verdächtig, die innere und äußere Destabilisierung des Landes erreichen zu wollen.

2.32 Wehrkundeunterricht

Seit September 78 wird in den 9. und 10. Klassen der DDR Schulen Wehrkundeunterricht gegeben. Diese Einführung militärischer Erziehung hat in der Kirche viel Lärm gemacht. Für viele war sie ein Stein des Anstoßes gegenüber der Friedenspolitik des Staates. Es wird darüber beklagt, daß man Kindern den Haß gegen den Feind beibringt. Man beklagt sich ebenfalls über die Kriegsspiele, die kleine Kinder in den Krippen mit Modellen von Panzern und Gewehren üben. Diese Militarisierung der Erziehung besorgt viele Eltern. Im Sept. 80 hat die Kirche ihr großes Bedenken geäußert. Sie stellt fest, daß die politischen Friedensstrukturen des Staates "von einem zunehmenden Militarierungsprozess begleitet und dadurch erschwert werden". Sie versteht wohl, daß diese Maßnahme eine Folge des Wettrüstens ist, fürchtet aber, daß sie auf diese Rüstungsdynamik zurückwirkt. Die Hoffnung, daß die Friedenspolitik des Staates an wirksame Abrüstungsschritte gelangt, wird enttäuscht. Die Kirche sieht sich also herausgefordert, "Komplementaritätsthese" einzuführen, und sich für eine Friedenserziehung einzusetzen, "die die politisch-gesellschaftlichen Phänomene von Friedlosigkeit mit der gleichen Entschlossenheit aufgreift wie die individuell-zwischenmenschlichen". Das war die erste Reaktion der Kirche. Seitdem hat sie ihre Position vertieft und konkrete Vorschläge gemacht, so z.B. am 28. Sept. 82, im Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR, der ausschließlich das Thema Frieden behandelt. In diesem Beschluß tritt die Kirche noch einmal für den Bausoldatendienst ein, schlägt vor, daß die Reservisten waffenlosen Dienst machen können und, "daß auch in Schulen und in anderen Ausbildungsstätten der Glaubens- und Gewißensfreiheit im Hinblick auf die vormilitärische Erziehung Rechnung getragen wird (...), daß pazifistische Einstellungen, die heute 'ein bestimmtes Maß an rationaler Begründung und politischer Vernünftigkeit' gewinnen, nicht diffamiert werden."

Die Kirche nimmt also klar gegen den Wehrkundeunterricht und für den Pazifismus Stellung. In der letzten Synode der Ost Berliner Kirche im April, hat man die pazifistische Position als "deutlicheres Zeichen" des Friedensengagements begrüßt. Die Pazifismusdiskussion und das Wehrkundeunterrichtproblem werden also verwickelt und zusammenbesprochen.

2.4 Das Problem der Beziehung zwischen Staat und Kirche in 1983

Diese ganze Diskussion zwischen dem Staat und der Kirche und innerhalb der Kirche lassen unserer Ansicht nach die verschiedenen Meinungen innerhalb der Kirche und die verschiedenen Einstellungen gegenüber dem Staat gut erscheinen.

Innerhalb der Kirche haben diese Auseinandersetzungen eine Spannung zwischen Leitung und Basis entschleierte. Am Ende der Ost-Berliner Synode im April wurde diese Sorge öffentlich geäußert. Diese Spannung, die Friedensarbeit der Kirche betreffend, herrscht, weil in kirchlichen Friedenskreisen auch "die Probleme von Menschen zur Sprache kommen, für die derartige Aktivitäten gleichzeitig ein Ausdruck von Staatsverdrossenheit, politischer Opposition oder innere Emigration" seien. Es ist aber auch wichtig für die Kirche, daß sie solchen Menschen offen bleibt.

Hier wird deutlich von der Kirchenleitung Distanz gegenüber den Jenaereignissen genommen, da es immer klarer wird, daß man versucht hat, die Kirche aus politischen Gründen zu mißbrauchen. Gleichzeitig ist es auch eine Warnung an die Christen oder der Kirche nahestehenden Leute, die sich mit den Jenaern solidarisiert hatten. Die Kirchenleitung sitzt aber hier zwischen zwei Stühlen: einerseits kann sie und will sie nicht eine Bewegung unterstützen, deren Haltung gegenüber dem Staat sie nicht annehmen kann (die meisten dieser Leuten haben einen Ausreiseantrag gestellt), andererseits beweist die Tatsache, daß sie diesen Leuten offen bleiben möchte, nicht zunächst ihre "Gastfreundschaftstradition", sondern, daß viele Kirchenmitglieder dahinter stehen. Das gleiche gilt für das Wehrkundeunterrichtsproblem. Die Gefahr besteht also, daß eine zu große Kluft zwischen Leitung und Basis entsteht.

Das heißt für die Einstellung der Gemeindeglieder gegenüber der sozialistischen Gesellschaft folgendes:

- Ein Teil der Kirchenmitglieder spricht sich für den Pazifismus, oder gegen den Wehrkundeunterricht aus, weil sie von vornherein den Sozialismus ablehnen. Dabei finden sich bestimmt nicht nur Christen. *[Bzw. diese Form von Sozialismus]*
- Andere Kreise der Kirche lehnen den Pazifismus ab, weil sie der Meinung sind 1) was man unter Pazifismus meint sei überhaupt nicht klar
2) die Kirche werde damit von ihrer eigenen Verantwortung entfernt und in dieser Sache mißbraucht

3) es sei in der heutigen politischen Situation wichtiger für die Kirche, die Politik des Staates zu stärken, als sie zu schwächen. Man wundert sich da z.B. darüber, daß sich die Kirche plötzlich gerufen fühlt, etwas wirksames für den Frieden zu tun, da sie Jahrzehnte lang und noch vor 50 Jahren so stark für die Notwendigkeit einer starken Armee eingetreten ist. Man fürchtet, daß die Pfarrer von dieser Mode angelockt werden.

- Eine dritte Gruppe versucht, den Pazifismus so zu verstehen, daß er der sozialistischen Regierung helfen kann. Diese Haltung wird z.B. in einem Papier der Theologischen Abteilung des Bundes der Ev. Kirche in der DDR von November 81 vertreten.

In diesem Papier wird zuerst der Begriff "Pazifismus" untersucht, um die verschiedenen Definitionen klar zu machen, und von vielen Fehlern oder politischen Naivitäten Distanz zu nehmen. Die Idee, die hier vertreten ist, ist, daß der Pazifismus eine Anfrage und Herausforderung an die militärische Sicherheitspolitik ist, die heute an die Grenzen ihrer politischen Fähigkeit gekommen ist. Es kommt mit dem Pazifismus also darauf an, die eigentlichen und wahrhaften Ziele jeder Sicherheitspolitik, ^{zu erinnern} da sie offensichtlich von den Augen verloren gegangen sind. Natürlich ist es unmittelbar nicht politikfähig. Man muß aber zwischen "wünschbar" und "durchsetzbar" unterscheiden. Es geht um Zielrichtung, wenn möglich sogar um "Antizipieren".

Für Christen ist der Pazifismus eine "Forderung der politischen Vernunft", "eine Aufgabe politischer Diakonie". Es geht damit um "den Vorrang des Evangeliums" vor dem Gesetz, um die "Einheit von Mittel und Zweck".

Dieser Text wird bestimmt noch Reaktionen und Arbeiten hervorrufen (der theologische Arbeitskreis der NÖG wird sich demnächst damit beschäftigen). Es ist ein guter Versuch, ein gesellschaftliches Problem theologisch zu verarbeiten, mit dem Ziel, einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion mit dem Staat zu bringen.

Man kann also die Problematik dieser wichtigen Diskussion u.E. auf zwei Frageebenen deutlich machen:

1. Ist der Pazifismus heute als theologische Kategorie vertretbar, relevant ?

- Die einen verweigern das, entweder aus theologisch-ethischen Gründen (etwa: Gewalt gehört mit der Sünde der Menschen zusammen), oder

aus kirchenpolitisch-geschichtlichen Gründen (die Kirche ist nie dafür eingetreten, im Gegenteil; warum soll denn jetzt die Kirche und noch speziell die Kirche einer sozialistischen Gesellschaft als erste das bezeugen? Hat sie nicht zuerst eine wichtigere gesellschaftliche Aufgabe? Ist es nicht noch einmal ein Versuch, an die Wirklichkeit einer sozialistischen Gesellschaft in einer noch mehrheitlich kapitalistischen Welt vorbei zu gehen?

- Die anderen nehmen das an - und sie bilden die Mehrheit - zurückweisend auf die Bergpredigt, auf bestimmte Traditionen der Kirche, auf die Notwendigkeit, dem heutigen Sicherheitspolitikdenken mit allen Mitteln zu widersprechen, bzw. zu widerstehen.

2. Wenn man davon ausgeht, der Pazifismus sei theologisch relevant, stoß man an die zweite Frage: wie geht man damit mit den politischen Tatbeständen um ?

- Die einen meinen: da es eine theologische, dh. absolute und immer wahre Wahrheit ist, muß es durchgesetzt werden, trotz allen politischen Gegebenheiten und Verschiedenheiten zwischen Ost und West.
- Die anderen dagegen nehmen die Situation der DDR ernst, und verstehen den Pazifismus, den Verzicht aller Gewalt als ein Ziel jedes verantwortlichen politischen Programms. Die Kirche soll also dem Staat helfen, dieses Ziel mit politischen Mitteln zu erreichen. Das heißt aber, daß der Pazifismus politisch nicht unbedingt unmittelbar dargestellt werden muß, daß politische Machtkonstellationen ihn manchmal unzeitgemäß machen (cf. Nikaragua!). Daß er ein Ziel ist, heißt noch nicht, daß er für jede Zeit und jeden Ort günstig ist.

Diese letzte Position ist gewiß die Schwerste, aber auch u.E. die Hoffnungsvollste, die möglich Fruchtbarste und, bezüglich der Beziehung zwischen Staat und Kirche, die Konstruktivste.

Zum Schluß

Wenn die Aktualität dieser letzten Monaten im Ausland und in der DDR zur Verschärfung der Beziehung Staat-Kirche geführt hat, muß man feststellen, daß die Lutherfeier eine gute Gelegenheit ist, von beiden Seiten guten Willen zu zeigen. Niemand in der Partei und in der Kirchenleitung will das Gespräch abbrechen. Der Staatschef Honnecker hat neulich auf der Wartburg deutlich das staatliche Verständnis "für die legitimen kirchlichen Interessen" ausgedrückt. Er hat auch die gute Zusammenarbeit der staatlichen und kirchlichen Lutherkomitee gewürdigt, als "eine Bestätigung für die Ergebnisse des Gesprächs von 1978". Ihrerseits versucht die Kirche, ihre Unabhängigkeit gegenüber

der EKD wichtiger zu machen, indem z.B. die Ost-Berliner Synode vor der EKD die Stationierung der neuen amerikanischen Raketen in der BRD deutlich verurteilte, was die West-Berliner Kirche in "eine ungewohnte Situation" gestellt hat (nach Bischof Kruse, Berlin-West)! (Ob das von der DDR Kirche politisch geschickt ist, ist dann eine andere Frage, wichtig ist, daß sie unabhängig von der EKD gehandelt hat.) Der Beschluß der Synode des Bundes der Ev. Kirche in der DDR (Sept. 82), nachdem er die Friedensarbeit der Kirche dargestellt hat, endet so: "Das Gespräch vom 6. März 78 hat für das Verhältnis von Kirche und Staat eine Grundlage markiert, die sich bislang auch in komplizierter Situation als tragfähig erwiesen hat, und die festzuhalten und möglichst weiter auszubauen unser Wunsch ist. Wir haben damals die Formel von der "Kirche im Sozialismus" wiederholt und damit unterstrichen, daß wir am Leben dieser Gesellschaft teilhaben und den Gliedern unserer Kirchen und den Gemeinden helfen wollen, in der Freiheit und Bindung des Glaubens, das Beste für alle und für das Ganze zu suchen".

Ob diese schöne Sätze sich verwirklichen, werden wir bestimmt bis Ende dieses Jahres stückweise erfahren! Dies hoffen offensichtlich alle; viele weisen darauf hin, daß der Inhalt von "Schwerter zu Pflugscharen" überhaupt nicht antisozialistisch ist, und daß es vom Staat genehmigt wurde, bis die westliche Presse davon berichtete. Man hofft also, daß die Maßnahmen des Staates bald gemildert werden, da sie einen großen Teil der Bevölkerung in Hilflosigkeit und Ratlosigkeit haben geraten lassen. Für viele wäre es nötig, dieses Lutherjahr zu benutzen, um beruhigende Gespräche zu führen, weil es besondere und außergewöhnliche Möglichkeiten anbietet.

Berlin, den 15. Juni 1983

Serge und Ninelle Fornerod